

Correspondenzblatt

der

Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Fünfter Jahrgang.

Erstes Heft.

Nr°. 12.

1814.

Bericht über die von einigen Mitgliedern der Schlesischen Gesellschaft versuchte Beantwortung, der von E. dem Königl. Hochlöblichen Militär- und Civil-Gouvernement der Gesellschaft vorgelegten zwey Fragen:

1. Was für die Invaliden aus dem gegenwärtigen Kriege und die zurückgelassenen Wittwen und Waisen der Gebliebenen, und zwar zunächst für die Freywilligen, Landwehr- und Landsturmmänner geschehen könne und solle?
 2. Wie der zur Unterstützung Berechtigte dazu gelangen solle, sowohl was die Einleitung der Aufbringung, als den Empfang betrifft;
- vorgetragen in der allgemeinen Sitzung den 29. April, vom Hrn. Prof. Reiche.

(Fortsetzung.)

§. 5.

Geldbeyträge dagegen können diejenigen leisten, deren Arbeit in Gelde bezahlt wird, oder die eine baare Geldeinnahme haben, die weiter als zur Be-

friedigung ihrer ersten Bedürfnisse reicht, selbst Handwerksburschen und das Gesinde in den Städten nicht ausgenommen.

§. 6.

Die Beyträge hängen nicht von dem freyen Willen der Geber ab, sondern werden ihnen als Zwangsverbindlichkeit aufgelegt, und sind stehend, damit man auf eine bestimmte Summe rechnen könne.

§. 7.—8.

Doch sucht man allerdings auch die Erlebensden eines freyen Entschlusses, Gutmuthigkeit, Eitelkeit u. s. w. in das Interesse zu ziehen, und der freyen Thätigkeit gutgesinnter Bürger einen möglichst freyen Spielraum zu eröffnen.

§. 9.

Die obere allgemeine Leitung aber ist bey den Staatsbehörden, weil sonst keine Einheit, keine anreizende und zwingende Gewalt Statt finden würde.

§. 10.

§. 10.

Die Staatsbehörde bestimmt das Minimum und Maximum nach Verschiedenheit der Classen, sowohl der zu empfangenden als der zu leistenden Beyträge.

§. 11.

Die Errichtung von Invaliden- und Waisenhäusern, so wie ihre Unterhaltung zehrt viel Geld auf, womit zweckmäßiger die Hilfsbedürftigen unmittelbar unterstützt werden können, auch ist es den meisten Invaliden in solchen Häusern nicht behaglich. Völlig verstümmelte und heimatlose Krieger können in dem Invalideninstitut zu Nuzen aufgenommen werden, das allenfalls für diesen Zweck eine größere Ausdehnung erhalten kann. Was aber die elternlosen Kinder betrifft, so ist es am zweckmäßigsten, sie bey guten und rechtlichen Leuten gegen eine Vergütung unter zu bringen.

§. 12.

Bey den Invaliden ic. die sich zur Naturalverpflegung eignen, kann gerechnet werden:

- | | |
|-------------------|--|
| 6 Bresl. Scheffel | für den Mann, |
| 4 „ | für die Frau, |
| 2 bis 4 „ | für ein Kind, nach Verhältnis seines Vaters, |
| 2 „ | Kuchelspelse für die Person. |

Halbjährig geschieht in den Kreisen die Aufschreibung des Bedarfs, der in die Kreisstadt geliefert und hier ausgetheilt wird. Wenn Wohnorte der Invaliden von der Kreisstadt zu entfernt sind, werden die Naturalien auf den Schatzböden der größern Dörfer und Gemeinden gesammelt und vertheilt.

§. 13.

Neben den Naturalien sind die Invaliden ic. aber auch schlechterdings einiger Unterstützung an baarem Gelde bedürftig. Der monatliche Gnadenthaler wäre das geringste, was ein Mann erhalten könnte. Alte oder an langwierigen Krankheiten

leidende Wittiven könnten eben so viel bekommen, und ein Kind bis zum 12ten Jahre könnte nach dem alten Satze monatlich 10 sgl. erhalten.

§. 14.

Krieger von höhern Range, die einer weniger kümmerlichen Lebensweise gewohnt sind, so wie ihre Angehörigen, können nicht auf bloßes Brodt und die gedachte kleine Unterstützung an Gelde gesetzt werden, obgleich auch die Thätigkeit dieser, so weit es geschehen kann, in Anspruch genommen werden muß. Die Pension derselben kann nach Maaßgabe des Ranges, und der in ihrer Häuslichkeit liegenden größern oder geringern Bedürfnismenge von 2 Rthl. monatlich bis 20 und 30 Rthl. fixirt werden.

§. 15.

Die leitende Staatsbehörde bestimmt den mindesten Pensionsatz. Was darüber zur reichlichen Existenz der Subjecte gereicht wird, ist Sache der Städte und Kreise.

§. 16.

Jede Stadt von mehr als 3000 Einwohnern bildet unter Leitung des Bürgermeisters, jeder Kreis unter Leitung des Landraths eine Commission zur Führung des ganzen Versorgungsgeschäfts, und diese beurtheilt auch die Beytragspflichtigkeit der Mitbürger der Stadt oder der Kreis-Einsassen. Außerordentliche Beyträge vertheilt und verrechnet diese Commission ohne Einmischung andrer Behörden; nur wisset sie der obern Staatsbehörde jährlich nach, daß jene Beyträge an Invaliden und deren Angehörige vertheilt worden seyn.

§. 17.

Nicht jede einzelne Commune wird im Stande seyn alle aus ihrer Gemeinde invalide gewordene und deren Angehörige zu versorgen. Der ganzen Provinz liegt daher die Aufbringung

gung des mindesten Bedarfs; Quantität aller dieser Hilfsbedürftigen ob.

§. 18.

Der Brodt- und Naturalienbedarf wird auf die gesammten catastrirten oder sonst besteuerten Ackerbesitzer auf die gewöhnliche Art ausgeschrieben. Die Geldbeyträge werden nach verschiedenen Classen, der Idee des Herrn Prof. Kayßler gemäß, aufgebracht.

§. 19.

Die Erhebung geschieht monatlich. Die Einwohner werden in 10 Classen getheilt.

Die 1te Classe zahlt monatlich 2 Rthl.

1te	2te	3te	4te	5te	6te	7te	8te	9te	10te
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20	10	5	2	1	1	1	1	1	1
sgl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—

§. 20.

Zuförderst wird jeder Staatsbürger aufgefordert, sich selbst zu classificiren und den ersten monatlichen Beytrag bald einzusenden.

§. 21.

Zugleich aber nehmen die Commissionen (§. 16.) die Classification ihrer Mitbürger und Einsassen vor, vertheilen sie in die 10 Classen, ziehen die eigne Classification ihrer Mitbürger zu Rathe, und verfertigen die Hauptclassificationstabelle für die diese Sache leitende Staatsbehörde.

§. 22.

Wird die benötigte Summe durch diese Classification nicht aufgebracht, so bestimmt jene Staatsbehörde, was noch von einzelnen Kreisen und Städten aufzubringen ist. Wie dieses Mehr von den Commissionen aufgebracht wird, darauf

hat die Behörde weiter keinen Einfluß, sie entscheidet nur die etwaigen Prägravationsbeschwerden.

§. 23.

Die Classificationstabellen und Catastra sind auf 3 Jahre geltend, und die Leistungen während dieser Zeit werden weder erhöht noch vermindert.

§. 24.

Die Königl. Regierung als die leitende Oberbehörde bringt jährlich allgemeine Uebersichten desjenigen zur öffentlicher Kunde, was jeder Kreis und jede größere Stadt theils an bestimmten, theils an freiwilligen Beyträgen aufgebracht hat. Zu diesem Behuf werden ihr von den Commissionen 4 Wochen nach dem Jahres Abschluß Extracte darüber eingeschickt.

§. 25.

Im ersten Quartale des letzten Jahres eines Erlenniums wird von der Königl. Regierung bekannt gemacht, wie viel für das folgende Dreijahr von der Provinz aufzubringen sey, und es werden von den Commissionen neue Repartitionen nach der oben angegebenen Form entworfen.

Die Einziehung und Auszahlung der baaren Beyträge geschieht durch die Kreis- und Uebersassen.

§. 26.

Beym Ablauf des Erlenniums wird auch angezeigt, wie groß die Summe der zu Versorgenden noch sey und wie viele keiner Unterstützung mehr bedürfen. Invaliden, welche nicht in dem Laufe des gegenwärtigen Krieges invalide geworden sind oder werden, versorgt der Staat, wie bisher.

§. 27.

Zu öffentlichen Posten, seyn sie von dem Landesherrn oder von Gemeinheiten zu vergeben, werden, so weit es nur zulässig ist, Invaliden befördert.

§. 28.

Die Kinder derer, welche das Minimum des Pensionsalters genießen, erhalten freyen Unterricht

richt auf Schulen und Universitäten; als Lehrburschen sind sie von allen etwa sonst Statt findenden Zahlungen frey. Die Meister bey denen dergleichen Kinder auslernen, sowohl als die, welche bezahlen, werden jährlich in den öffentlichen Blättern ehrenvoll erwähnt.

§. 29.

In jeder Stadt und in jedem Kreise übernehmen einige Aerzte und Chirurgen die unentgeltliche Pflege der Invaliden und deren Angehörigen freywillig. Wo sie es nicht thun, bestimmt die Commission die Aerzte u. für die Invaliden und giebt ihnen eine Vergütung. Die Medicin wird aus dem Communalfonds des Kreises für die, welche sie nicht selbst bezahlen können, bestritten, und es wird bey der General-Berechnung der Bedürfnisse der Invaliden ein Durchschnitts-Quantum auf die Provinz vertheilt, und jeder großen Stadt oder jedem Kreise das Quantum, was ihr zu diesem Behuf zukommt, bekannt gemacht.

§. 30.

Zuförderst geben Städte und Kreise den Invaliden aus ihrer Mitte Wohnung und einiges Feuermaterial. Will der Invalide dort nicht wohnen, so erhält er dafür keine Vergütung. Wo die Befriedigung dieses Bedürfnisses die Kräfte der Gemeinde übersteigt, wird vom Ganzen geholfen.

§. 31.

Auf die vorgedachte Weise versorgte Invaliden, welche Betteln gehen, werden nach den Ge-

setzen der Correctionshäuser behandelt. Leute, die mit Bettelbriefen haustren, werden der Commission angezeigt. Todesfälle der Invaliden werden monatlich angezeigt.

§. 32.

Sollte die notwendige Summe des baaren Geldes nicht ohne zu hohe Anziehung der unermittelten Volksklassen aufzubringen seyn, so müssen den wohlhabendern Klassen der Staatsbürger höhere Beyträge aufgelegt werden, als 2 Rthl. pro Monath. Allenfalls könnte auch noch eine Erhöhung der Consumtionsabgabe für Luxusartikel zu Gunsten der Invaliden-Casse statt finden.

Zu den vielen gemachten Vorschlägen, setzt Herr Professor Rhode nachträglich hinzu:

§. 1.

Bey Ausmittelung der Personen, es seyen Invaliden oder Wittwen und Kinder der Geblienen oder Invaliden, muß auch auf den eignen Vermögenszustand gesehen werden; ob sie wirklich der Unterstützung bedürfen? Ob sie ganz versorgt werden müssen, oder nur einer Beyhülfe bedürfen?

§. 2.

In Absicht der Aufbringung der erforderlichen Summen und Mittel, trete ich der Meinung des Herrn von Stein bey, daß so viel möglich in natura geliefert werden muß, damit die Geldbeyträge so gering als möglich ausfallen.

(Der Beschluß folgt.)